

STADT MANNHEIM

Satzung (gemäss § 10 BauGB i.V.m. § 4 GemO) über den



BEBAUUNGSPLAN

 GEWERBEGEBIET ÖSTLICH DER B 36
 (ehem. Zündholzfabrik)

MASSTAB 1:1000

NR. 85/18

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BBauG)

am 14. 5. 1985

Öffentliche Bekanntmachung

am 7. 9. 1985

Bürgerbeteiligung (§ 2a Abs. 2 BBauG)

Planauslegung

vom 9. 9. 85 bis 20. 9. 85

Bürgerversammlung

am

Anhörung der Träger öffentlicher Belange
(§ 2 Abs. 5 BBauG)

vom 31. 7. 85 bis 15. 9. 85

vom 14. 10. 86 bis 15. 11. 86

Auslegungsbeschluss (§ 2 Abs. 6 BBauG)

am 27. 5. 1986

Öffentliche Bekanntmachung

am 7. 6. 1986 | 7. 11. 1986

Planauslegung

vom 16. 6. 86 bis 16. 7. 86

vom 17. 11. 86 bis 17. 12. 86

Mannheim, den

STADTPLANUNGSAMT

VERMERK DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS

Der Bebauungsplan wurde dem Regierungspräsidium gemäß § 11 BauGB
angezeigt. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend
gemacht. (Mit Maßgabe)

Nr. 22-24/0219/232

Karlsruhe, den 23.12.1987

gez. Dr. Fischer

Der Wortlaut und die zeichnerische Darstellung dieser Satzung (Stand 29.5.1987)
wurde am 1.9.1987/3.5.1988 im Gemeinderat beschlossen und dabei die gesetzlichen
Verfahrensbestimmungen eingehalten.

Mannheim, den 25. Mai 1988

Mannheim, den 25. Mai 1988

gez. Widder

gez. Gormsen

OBERBÜRGERMEISTER

BAUDEZERNAT

Der Bebauungsplan ist mit der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung durch
das Regierungspräsidium am 27.05.1988 gemäß § 12 BauGB rechtsverbindlich
geworden.

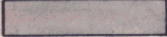






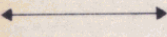



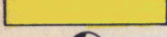







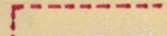
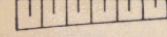
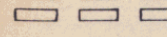
Mannheim, den 03. Juni 1988



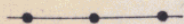
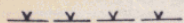

 gez. Böse
 BAUVERWALTUNGSAMT

ERLÄUTERUNG DER PLANZEICHEN

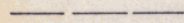
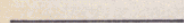

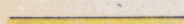
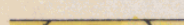


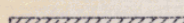

1. ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

(§ 9 Abs. 1, 2 und 7 BBauG in Verbindung mit § 73 LBO)

	Gewerbliche Baufläche
	Gewerbegebiet
z.B. 	Grundflächenzahl
z.B. 	Geschoßflächenzahl
z.B. 	Zahl der Vollgeschosse, Höchstgrenze
	Abweichende Bauweise
	
	Firstrichtung
	Baugrenze
	Straßenverkehrsfläche
	Straßenbegrenzungslinie
	Fläche für Versorgungsanlagen
	Trafostation
	Öffentliche Parkfläche
	Öffentliche Grünfläche
	Parkanlage
	Bäume zu erhalten
	Bäume zu pflanzen
	Bei Neubebauung entfallende Bäume
	Alte Straßen- bzw. Geländehöhe
	Neue Straßenhöhe
	Umgrenzung von Flächen für Stellplätze
St	Stellplätze
	Aufschüttungen
	Mit Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit zu belastende Fläche

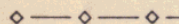
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
	Zu beseitigende Gebäude
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Einfriedigung abweichend von der Grundstücksgrenze
	Als Einfriedigung sind nur Saumsteine vorgesehen (Betonwerkstein 5 cm hoch)
G+R	Geh- und Radweg
(X)	Siehe schriftliche Festsetzung Nr. 1.2 b

2. ZEICHNERISCHE HINWEISE

	Vorgeschlagene Grundstücksgrenze
	Vorhandene Grundstücksgrenze
	Aufzuhebende Grundstücksgrenze
	Gehweg
	Parkstreifen
	Straßenbegleitgrün
	Gemarkungsgrenze
	Bestehendes Gebäude
(2)	Zahl der Vollgeschosse bei vorhandener Bebauung
(H)	Bushaltestelle
	siehe Hinweis Nr.5

3. ZEICHNERISCHE NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

(§ 9 Abs. 6 BBauG)

	unterirdische Versorgungsleitung
W	Wasserleitung
A	Abwasserleitung

SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN1. ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG)

1.1 Im Gewerbegebiet sind zulässig:

(§ 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BauNVO)

- a) Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, soweit diese Anlagen für die Umgebung keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen zur Folge haben können,
- b) Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,

1.2 Im Gewerbegebiet sind ausnahmsweise zulässig

(§ 8 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauNVO)

- a) Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter,
- b) Auf der mit (X)-gekennzeichneten Baufläche sind Anlagen für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke zulässig.

~~1.3 Nicht zulässig sind Einzelhandelsgeschäfte der Lebensmittelbranche, sofern sie eine Geschosfläche von 400 qm überschreiten.~~~~(§ 1 Abs. 5 i.V.m. Abs. 9 BauNVO)~~

1.3 (siehe Hinweis Nr. 5)

2. BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG)

2.1 Abweichende Bauweise (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

- a) Nach § 22 Abs. 4 BauNVO können in der abweichenden Bauweise Gebäude mit bis zu 2 Vollgeschossen bzw. bis zu 8,00 m Höhe an den seitlichen und rückwärtigen Grundstücksgrenzen errichtet werden.
- b) Wird nicht an eine solche Grenze gebaut, müssen diese Gebäude die doppelte Mindestabstandsfläche von 5,00 m einhalten.
- c) Sofern jedoch mit Gebäuden auf dem Nachbargrundstück die Mindestabstandsfläche von 2,50 m eingehalten wird oder ist, genügt auch auf dem Baugrundstück eine Mindestabstandsfläche von 2,50 m.

3. BEGRÜNUNG DER GRUNDSTÜCKE (§ 9, Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 73 LBO)

- 3.1 a) Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen Straßenbegrenzungslinie und Einfriedigung sind gärtnerisch anzulegen, soweit sie nicht als Zufahrten benötigt werden.

Anstelle der gärtnerischen Gestaltung ist das Pflanzen von Bäumen zulässig, wenn die Hälfte der Angrenzerlängen an öffentliche Verkehrsflächen nicht überschritten wird. Für die Ermittlung der Anzahl der Bäume ist auf je 24 qm dieser Fläche ein Baum nachzuweisen.

- b) Bei ebenerdigen offenen KFZ-Stellplatzanlagen ist auf je 5 Stellplätze ein Baum zu pflanzen.
- c) Es sind Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 25 cm (ca. 8 cm Durchmesser) zu verwenden.

- 3.2 Der Grünordnungsplan ist Bestandteil des Bebauungsplanes.

4. FESTSETZUNGEN GESTALTERISCHER ART (§ 9 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 73 LBO)

4.1 Dachformen

- a) Flachdach,
- b) geneigte Dächer mit einer Dachneigung von max. 25° zulässig.

4.2 Einfriedigung

Soweit keine anderen Festsetzungen getroffen sind, sind Einfriedigungen als Mauer oder Maschendraht max. 2,00 m hoch zulässig.

Die Übereinstimmung der durch Raster aufgehellten Darstellung der bestehenden Grundstücke und Gebäude mit dem Vermessungswerk, Stand vom 1. 11. 1986 wird bestätigt.

Mannheim, den

Vermessungsamt

5. VERBRENNUNGSVERBOT (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BBauG)

- 5.1 Im Geltungsbereich dürfen in neu zu errichtenden Feuerstätten und deren späterem Umbau oder deren späteren Erweiterung keine festen oder flüssigen Brennstoffe sowie Abfälle aller Art weder zu Heiz- und Feuerungszwecken, noch zum Zwecke der Beseitigung verbrannt werden.

Ausnahmsweise ist die Verwendung von trockenem naturbelassenem Holz als Brennstoff zulässig (eingeschränktes Verbrennungsverbot).

SCHRIFTLICHE HINWEISE

1. Die Aufteilung der Straßenprofile ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanes.
2. Die im Straßenraum eingetragenen Standorte der zu pflanzenden Bäume haben nicht die Maßgenauigkeit der sonstigen zeichnerischen Festsetzungen.
3. Vorhandene Erdkabel sind bei einer Überpflanzung zu schützen.
4. Die Baugenehmigungsbehörde wird bei der Genehmigung von Bauvorhaben im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes verlangen, daß die nicht überbauten Flächen als Grünflächen oder gärtnerisch angelegt und unterhalten werden müssen, soweit sie nicht als Stellplatz-, Arbeits- oder Lagerplatzfläche erforderlich sind. (§ 10 LBO)
5. Gemäß Gemeinderatsbeschluß vom wird der Erhalt der Bäume im allgemeinen geregelt.

Privatrechtliche Regelungen gelten sowohl für zu erhaltende Bäume innerhalb der Baugrenzen, als auch für die Zulassung von Einzelhandelsgeschäften.